

Zukunft gestalten – christliche Werte erhalten!

Kontakt

Das christlich-politische Bulletin der EDU Kanton Zürich

Nr. 113 | Weihnachten 2009



Liebe Leserin, lieber Leser

Dass wir in der Abstimmung über die Minarett-Initiative zu den Siegern gehören, darüber dürfen wir uns freuen. Und auch darüber, dass dadurch hoffentlich nie ein Muezzin uns in unseren Städten und Dörfern mit dem Ruf wecken wird, dass Allah der Grösste sei und es neben ihm keinen anderen Gott gebe.

Wir haben ein notwendiges politisches Zeichen gesetzt. Aber wir haben damit noch keiner Muslimin und keinem Muslim zeigen können,

Fortsetzung auf Seite 2

Das Schweizer Minarettverbot
Berichte von unseren Kantonsräten
Eva Herman in Winterthur und Zürich
Agenda / Veranstaltungen

2–3

4–6

7

8

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Minarette

Grossmuftis beleidigt?

Editorial

Fortsetzung von Titelseite

was uns innerlich bewegt, nämlich, dass erst die Liebe Jesu unser Leben echt lebenswert macht und dass das auch für ihr Leben gelten könnte: dass Jesus auch ihnen Vergebung, Frieden mit Gott und Gewissheit des Heils anbietet.

Auch für den Feind das Gute suchen

Wir haben den (wahrscheinlich) noch wenigen islamischen Glaubenskriegern in der Schweiz einen Denkkzettel verpasst. Diese Markierung ist wichtig. Persönlich sind wir aufgefordert, den Muslimen in unserem Land – auch den feindlich gesinnten – in Liebe zu begegnen, denn das ist Teil des Evangeliums und etwas, das im Islam völlig fehlt: die Nächstenliebe, die selbst für den Feind das Gute sucht.



Eric Bauert

Jesus ehren! – das geht auch ohne Türme

Muslime sollten von uns erfahren, was wahres Christsein bedeutet und dass das, was sie oberflächlich in unserer Gesellschaft sehen, meist nur noch dem Namen nach etwas mit Christentum zu tun hat, wie Weihnachtsummel, Osterhasen und Pfingststau bis zu all den Weihnachtessen und -konzerten, wo eher den Koch- und anderen Künsten gehuldigt wird. Unser Erlöser, der Messias Jesus, wurde zum Christkind verniedlicht und inzwischen weitgehend durch den Weihnachtsmann ersetzt. So hören die Menschen um uns, und dazu gehören auch die über 400 000 Muslime, kaum mehr etwas vom auferstandenen Herrn Jesus, dem alle Macht gegeben ist im Himmel und auf Erden. Diesen sollen wir gerade in der Weihnachtszeit feiern, ehren und verkündigen. (Mt 28,18-20). Wer Jesus im Herzen hat, der hat auch ein Herz für Muslime und braucht weder Minarette noch Kirchtürme dazu, denn sie oder er lebt in der Wahrheit, Abhängigkeit und Liebe Gottes.

In diesem Sinne wünsche ich allen eine gesegnete Adventszeit.

Ihr Eric Bauert

Präsident EDU Bezirk Affoltern

Von Daniel Suter, Präsident

Einer der höchsten Würdenträger der islamischen Welt, der Grossmufti Ali Gomaa von Ägypten, nimmt das vom Schweizer Volk angenommene Minarettverbot sehr persönlich. Er bezeichnet es als Beleidigung für alle Muslime und einen Angriff auf die Religionsfreiheit. Propaganda? Orientalische Übertreibung? Ernst? Von allem etwas. Der Grossmufti gibt den Gläubigen emotionale Orientierung. Er spricht die gekränkten Gefühle an. Sind die Muslime über den Volksentscheid gekränkt? Gewiss auch. Weit schwerer wiegt aber das enttäuschte Vertrauen der Muslime zu den Politikern und den Kirchen. Die hohe Schweizer Politik mitsamt den Landeskirchen hatte mit ihrer Siegesgewissheit die Schweizer Muslimorganisationen beruhigt. «Keine Sorge,



Daniel Suter

die Minarett-Initiative kommt bestimmt nicht durch!», lautete der Tenor. Jetzt fühlen sich die Muslime verschaukelt. Es ist für sie kaum vorstellbar, dass Bundesparlament, Regierung und Kirchenführer die Stimmung im Volk nicht gekannt haben sollen. Ist die Politik so meilenweit vom Volk entfernt? In den Augen der Muslime kommen die Beschwichtigungs-Politiker schlecht weg: Haben sie gelogen oder einfach keine Ahnung?

Politiker haben das Volk verloren

Als Ausweg aus der Vertrauenskrise bieten sich für die Schweizer Behörden die Empörung an und der Versuch, den Volkswillen durch ein internationales Gericht als rechtswidrig verurteilen zu lassen. Zwischenzeitlich will man dem Islam mit Kleidervorschriften beikommen und die Burka verbieten. Propaganda? Orientalische Übertreibung? Ernst? Vor allem Hilflosigkeit. Denn die hohe Politik steht derzeit ohne Volk da. Immerhin kann sie sich damit trösten, dass die internationale Solidarität unter den Regierungen im Krisenfall funktioniert: Die Minister aus Frankreich und Schweden, unterstützt von zahlreichen europäischen Zeitungen, finden den Entscheid des Schweizervolkes auch völlig daneben. Vielleicht empfinden viele Volksvertreter und Kirchenführer den Volksentscheid ähnlich wie der Grossmufti: als eine persönliche Beleidigung.

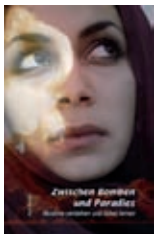
**IN DER
SCHWEIZ
VERBOTEN**

Sind wir alle islamophob? – Gedankenanstoss für Schweizer Politiker



Kurt Beutler, verheiratet mit einer Ägypterin und Vater zweier Töchter, lebte mehrere Jahre in verschiedenen islamischen Staaten.

Zwischen Bomben und Paradies



Das Buch von Kurt Beutler erklärt, warum Friede und Toleranz aber auch Gewalt und Unterdrückung zum Islam gehören; und warum das letztere zunehmen mehr Gewicht erhält.

Von Kurt Beutler, Islamkenner

Nun muss sich also die Schweizer Regierung schämen und beim Ausland für ihr islamophobes Volk entschuldigen? Aber sind wir wirklich islamophob? Eine Phobie ist eine unangemessene, übertriebene Angstreaktion auf eine ganz normale Situation. Wenn man aber über Jahre tagtäglich am Fernseher eine unaufhörliche Mordserie an unschuldigen Menschen mitverfolgen muss, verbunden mit Hasspredigten, Drohungen und katastrophalen Menschenrechtsverletzungen, die mit Koranversen begründet werden, dann meine ich, ist es eine angemessene Reaktion, Angstgefühle zu entwickeln. Ich meine, das müssten auch Politiker und sogar friedliebende Muslime verstehen können.

Muslime sind glücklich über das Minarett-Verbot

Auch Angst zu empfinden, ist ein Menschenrecht. Viele meiner persönlichen Freunde – Muslime und Nichtmuslime – sind aus Angst vor Muslimen in die Schweiz geflohen. Diese sind nun sehr glücklich über das Abstimmungsresultat.

Nicht diffuse, sondern konkrete Ängste

Ich schäme mich nicht für den Minarett-Entscheid, ganz egal, ob es nun ein Entscheid gegen das Minarett oder gegen den Islam war. Die Gewalt, die im Namen des Islam weltweit verübt und verherrlicht wird, hat mir oft den Schlaf geraubt. Ich bin ja von Berufes wegen gezwungen, mich tagtäglich mit diesen Din-

gen zu beschäftigen. Nun bin ich glücklich und stolz darauf, dass das Schweizervolk als erstes der Welt hier einen klaren Protestschrei eingelegt hat. Als Islamspezialist fordere ich die Schweizer Politiker auf, sich nicht beim Ausland für ihr vermeintlich angsthasiges oder rassistisches Volk zu entschuldigen, sondern den muslimischen Staaten zu erklären, dass unser Volk aus verständlichen Gründen Angst hat. Diese Furcht ist nichts anderes als eine ganz normale menschliche Reaktion auf ihre seit 14 Jahrhunderten ungelösten und ungebändigten Gewaltprobleme.

Das Schweizervolk will mit diesem Entscheid sagen: liebe muslimische Brüder, bitte geht über die Bücher und streicht die Gewalt- und Diskriminierungsverse aus dem Koran und dem Leben Mohammeds, und wir werden sofort unsere Ängste verlieren! Und wenn Ihr das nicht könnt, dann verbietet uns wenigstens nicht, wie ganz normale Menschen Angstreaktionen zu entwickeln.

Augen auf für die wahren Gründe

Man muss nicht den Esel schlagen, der wegen einer Schlange den Gehorsam verweigert, sondern die Schlange vertreiben. Oder ihr wenigstens die Giftzähne ausreissen. Dann wird der Esel wieder gehorchen. Auch wir Schweizer gehorchen unserer Regierung normalerweise gerne. Und wenn wir in diesem Falle anderer Meinung sind, dann beachtet bitte die wahren Gründe dafür, bevor ihr Euch für Euer Volk schämt. ■

Erdogans grenzenloser Zynismus

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen

Von Daniel Suter

Nun hat sich auch der Mann wieder in die Minarett-Diskussion eingeschaltet, der überzeugt ist, dass «die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme, die Moscheen unsere Kasernen und die Gläubigen unsere Armee» sind, der türkische Premier Erdogan. Nach dem Minarett-Verbot in der Schweiz spricht er von einer «rassistischen und faschistischen Haltung» der Schweiz gegenüber Muslimen.

Wie steht es im Lande Erdogans? Offiziell herrscht in der Türkei zwar Religionsfreiheit. Doch in der Praxis werden Christen am Bosphorus behindert, verfolgt, bespitzelt, in seltenen Fällen sogar mit dem Tode bedroht. 2007 ermordeten Jugendliche in der Stadt Malatya den Vater einer befreundeten deutschen Familie und zwei Türken, weil sie Christen waren. Auf dem Höhepunkt des Streits um die 2006 in dänischen Zeitungen veröffentlichten Mohammed-Karikaturen wurde der katholische Priester Andrea Santaro erschossen. «Die Türkei, Malaysia, Iran, Jordanien, Saudi-Arabien, Marokko sind – in verschiedenen

Abstufungen – noch immer meilenweit von religiöser Toleranz entfernt, wie wir sie in Mitteleuropa kennen. Die wenigsten islamischen Länder kennen echte Religionsfreiheit», sagt der Theologe und Religionssoziologe Prof. Thomas Schirrmacher.

Christliche Kirchgemeinden dürfen in der Türkei keine Häuser oder Grundstücke kaufen, keine Schulen oder Klöster einrichten. «Bestehende Einrichtungen werden systematisch dem Verfall preisgegeben», so Prof. Schirrmacher. ■

Kantonsrat

Mehr Ausgaben für Kinder und Betagte?

Von linker Seite wird einmal mehr die Aufstockung der Sozialausgaben gefordert. So sollten – wenn's nach ihren Wünschen geht – die Staatsausgaben für die externe Kinderbetreuung aufgestockt und eine Fachstelle für das Alter eingerichtet werden. Hingegen war keine Mehrheit für Massnahmen gegen den übermässigen Alkoholkonsum bei Sportveranstaltungen zu finden, obwohl der Bund sogar ein totales Alkoholverbot vorschlägt.

*Zusammengestellt von Stefan Dollenmeier
Präsident der EDU-Kantonsratsfraktion*



Hans Peter Häring

Kein zeitliches Alkoholausschankverbot bei Grossveranstaltungen

Von Hans Peter Häring, Wettswil

Die von FDP, CVP, EVP und EDU unterstützte Motion, dass im Interesse der Sicherheit bei Sportanlässen ein Alkoholausschankverbot in der näheren Umgebung erlassen werde, hatte im Rat keine Chance. Dies obschon die Uefa für strenge Alkoholverbote in den Stadien ist. Die Regierung lehnte die Motion ab; ebenso die Ratsmehrheit.

Mit einem derartigen Verbot könne das Alkohol- und Sicherheitsproblem nicht gelöst werden, wurde argumentiert. Alkoholische Getränke müssten nicht zwingend in den Gaststätten rund um die Grossveranstaltung gekauft, sondern könnten auch in weit entfernten Läden besorgt werden.

Das Übel des übermässigen Alkoholkonsums und der Gewaltbereitschaft bei Grossanlässen muss bei der Wurzel angepackt werden. Denn mit Verboten allein erreicht man im Suchtbereich oft nur, dass sie umgangen werden. Trotz allem wäre die Motion aus EDU-Sicht ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung gewesen.

Volksinitiative fordert noch mehr Geld für Kinderbetreuung

Von Stefan Dollenmeier, Rütli

Die von linker Seite eingereichte Initiative verlangt, dass sich neben Eltern und Gemeinden nun auch der Kanton finanziell an der externen Kinderbetreuung vom Säuglingsalter bis 16 Jahre beteiligen solle.

«Die EDU lehnt diese Initiative ab. Wir plädieren für das Subsidiaritätsprinzip. Auf die Kinderbetreuung bezogen, vertreten wir ganz klar folgende Verantwortlichkeiten: Kinderbetreuung ist primär Sache der Eltern.

«Kinderbetreuung ist primär Sache der Eltern. Die Allgemeinheit soll mit entsprechenden steuerlichen Entlastungen und angemessenen Kinderzulagen dafür sorgen, dass sich die Eltern dies leisten können.»

Stefan Dollenmeier

Die Allgemeinheit soll mit entsprechenden steuerlichen Entlastungen und angemessenen Kinderzulagen dafür sorgen, dass sich die Eltern dies leisten können.

Wenn Kinder familienextern betreut werden müssen, sollen zunächst Nachbarn und Verwandte einspringen. Wir sind froh, dass der Bund erkannt hat, dass es dazu kein Diplom braucht!

Nur wenn Eltern für die Betreuung niemanden finden, sollen die Kinder fremdbetreut werden. Wir sind der Meinung, dass die Eltern finanziell für diese Betreuung aufkommen müssen. Dies mindestens bis zu dem Betrag, den sie von den Steuern abziehen können. Nur, wenn das Einkommen dafür nicht reicht, soll die Gemeinde mit Gemeindegeldern einspringen.

Den Kanton soll man finanziell nicht einbinden. Es reicht, wenn dies die Gemeinden tun. Finanzschwache Gemeinden bekommen ja vom kantonalen Finanzausgleich auch dazu die nötigen Mittel.»

Der Gegenvorschlag wurde von linker Seite weiter zulasten des Kantons verschlechtert, sodass er vermutlich in der Schlussabstimmung keine Mehrheit mehr findet. Die EDU-Fraktion wird der Delegiertenversammlung die Ablehnung der Initiative und des allfälligen Gegenvorschlages empfehlen.

Regierung und Kantonsrat zum Gebet aufgefordert

Rede von Heinz Kyburz, Männedorf

Nur der Kommissionspräsident und die Vertreter von EVP und EDU sprachen zu den Jahresberichten der Landeskirchen und der israelischen bzw. jüdischen Gemeinde. Umso mehr konnte die Gelegenheit genutzt werden, um 180 aufmerksame Kantonsräte und

Fraktion

die Regierung zum Gebet aufzurufen:

«Bete und arbeite» oder «ora et labora» ist eine christliche Kernbotschaft, die wohl selbst die kirchenfernen Kantonsräte unter Ihnen noch kennen. In seinem Vorwort zum Jahresbericht greift der reformierte Kirchenratspräsident Ruedi Reich dieses wichtige Thema auf: «Zuerst das Gebet und dann die Arbeit.» Gebet ist Ausdruck von Demut, vom Erkennen der eigenen menschlichen Grenzen und von der gesuchten Beziehung zu Gott. Menschen, die beten, bekennen, dass sie an Gott glauben und unterscheiden sich damit von Atheisten. Menschen, die nicht beten, können zwar durchaus auch an Gott glauben. Sie wollen jedoch die Kraft Gottes nicht in Anspruch nehmen. Menschen, die beten, sind nicht besser als andere. Aber sie sind besser dran. Sie erschliessen sich durch das Gebet eine Kraftquelle, die menschliche Grenzen zu überwinden vermag.



Heinz Kyburz

Gebet zeigt neue Perspektiven

Die Folgen der Finanzkrise werden auch im Kanton Zürich zunehmend spürbar. Regierungsrat und Parlament zeigen sich hinsichtlich der drohenden Szenarien machtlos und imponieren eigentlich nur durch ihre Gelassenheit. Damit werden jedoch keine Probleme gelöst. Die EDU wünscht sich, dass «ora et labora» nicht nur in den Kirchen, sondern auch für unseren Regierungsrat und Kantonsrat zum Leitmotiv wird. Denn das Gebet erweitert den geistigen Horizont, zeigt neue Perspektiven auf, entschärft Situationen, schafft günstige Bedingungen und leitet neue Prozesse ein, um dann erfolgreich an die Arbeit zu gehen.



Hans Egli

Die EDU wünscht sich aber auch, dass alle Religionsgemeinschaften, die an den Gott der Bibel glauben, im Gebet für unseren Kanton und unser Land eintreten. Von daher freuen wir uns immer, wenn die vorgelegten Jahresberichte nicht nur über Kirchenordnungen, kirchliche Aktivitäten, Todesfälle, Austritte und Finanzzahlen Aufschluss geben, sondern zum Ausdruck bringen, dass Menschen durch Beten und Arbeiten in Verantwortung vor Gott und zum Wohl ihrer Mitmenschen tätig sind.»

Strassenumgestaltung bedroht Bäckereibetrieb in Seebach

Von Hans Egli, Steinmaur

Viel weniger und schlechter zugängliche Parkplätze wären die Folge der geplanten Umgestaltung der wichtigen Schaffhauserstrasse. Diese frustrierende Ausgangssituation für einen Bäckereibetrieb mit immerhin 28 Arbeitsplätzen war für uns Grund genug, auf politischem Weg für das Überleben des Betriebes zu kämpfen.

«Wir alle hören immer wieder von Standortförderung, um neue Firmen anzusiedeln. Hier passiert genau das Gegenteil! Einem Gewerbebetrieb wird ein Teil der Existenzgrundlage genommen. Statt dass das städtische Tiefbauamt mit den Bäckereihinhabern nach einer einvernehmlichen Lösung sucht oder den Vorschlag der Kantonspolizei übernimmt, plant man nach Ämtermanier munter weiter.

So überrascht es nicht, dass der Projektleiter bei der Projektbesprechung der Bäckerfamilie salopp die Suche nach einem neuen Standort für ihren Betrieb empfahl. Anstatt die Rahmenbedingungen des bereits ansässigen Gewerbes zu unterstützen, lanciert die Stadt Zürich Projekte, die Privatbetriebe ruinieren.

Wir fordern mit unserem dringlichen Postulat, dass der Kanton seine Aufsichtsfunktion wahrnimmt und die wirtschaftlichen Interessen des betroffenen Unternehmens bestmöglich wahrt und schützt.»

Die Dringlichkeit wurde mit 94 Stimmen unterstützt, der Regierungsrat muss nun handeln und sein Vorgehen bekanntgeben.

Es bleibt beim Tochtertag

Von Stefan Dollenmeier, Rüti

Die EVP verlangte, dass auch die Knaben ihre Väter/Eltern im Beruf besuchen dürfen, also nicht nur Mädchen. Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen.

«Grundsätzlich finden wir es wie die Postulanten diskriminierend für die Knaben, dass diese bisher nicht am Tochtertag teilnehmen durften. Wir sind der Meinung, dass es für

Kantonsrat



Stefan
Dollenmeier

«Es sollte nicht mehr vorkommen, dass ein mit dem IV-Zeichen versehenes Verkehrsmittel wegen Parkzeitüberschreitung mit einem Bussenzettel beglückt wird.»

Hans Peter Häring

Knaben genauso wichtig und aufschlussreich ist, ihre Väter bei der Arbeit zu besuchen. Das ergibt eindruckliche, gute Erlebnisse und fördert das Verständnis für die Arbeitswelt.

Andererseits möchten wir anregen, dass dieser Besuchstag als Jokertag bezogen werden muss. Auf diese Weise wäre dann wenigstens einer der beiden Jokertage sinnvoll eingesetzt! Ausserdem würde ein wenig besser überlegt, ob es Sinn macht, denselben Besuch zweimal hintereinander (in der 5. und in der 6. Klasse) und dann noch dreimal in der Sek (!) zu machen.

Wir stimmen also für einen Kindertag (für Töchter und Söhne), möchten ihn aber lieber als Jokertag einführen (was aber hier nicht zur Debatte steht).»

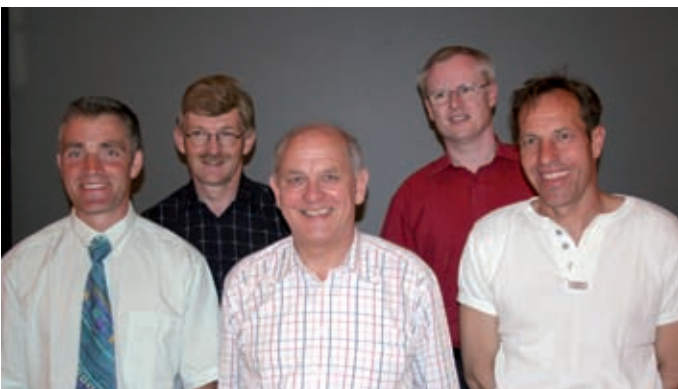
Die SVP und SP stimmten gegen einen Kindertag. Die SVP, weil sie den Tochtertag lieber abschaffen möchte, und die SP, weil sie den Besuch nur den Mädchen bewilligen möchte, damit «ihre Chancen in den Männerberufen steigen», wie sie sagte. Diese unheilige Allianz reichte, um das berechtigte Anliegen zu vereiteln.

Leichtathletik-Europameisterschaften 2014

Von Hans Peter Häring, Wettswil

Die EDU stimmt der Defizitgarantie von 5 Mio. Franken sowie einem zinslosen Darlehen von 3,3 Mio. Franken zu unter der Bedingung, dass sich die Stadt Zürich zu den gleichen Leistungen verpflichtet; natürlich

vorbehaltlich des Zuschlags für die Durchführung. Dabei beteiligen sich auch die Institutionen der Leichtathletik mit einer Defizitgarantie von 2 Mio. Franken. Zu dieser sechstägigen Grossveranstaltung wird mit 1300 Athleten aus 50 Län-



EDU Kantonsratsfraktion:

Von links: Michael Welz, Oberembrach;
Stefan Dollenmeier, Rüti; Hans Peter Häring, Wettswil;
Heinz Kyburz, Männedorf; Hans Egli, Steinmaur

dern gerechnet, dazu noch die Offiziellen und die vielen Zuschauer aus dem Ausland. Da es sich um ein anderes Publikum handelt, sind nicht so umfangreiche Sicherheitsmassnahmen zu treffen wie beim Fussball oder Eishockey.

Gelockerte Parkierungsvorschriften für Behinderte

Von Hans Peter Häring, Wettswil

Mit einer von allen Parteien unterstützten Standesinitiative sollen die Parkierungsvorschriften für Menschen mit Behinderungen geändert werden. Es sollte nicht mehr vorkommen, dass ein mit dem IV-Zeichen versehenes Verkehrsmittel wegen Parkzeitüberschreitung mit einem Bussenzettel beglückt wird. Für uns ist es wichtig, dass Menschen mit Behinderungen in allen Beziehungen gefördert werden. Wir unterstützen sie bei der Integration und wollen ihnen die Erwerbstätigkeit und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben so weit wie möglich erleichtern. Die vorgeschlagene Massnahme ist eine sinnvolle und kostengünstige Erleichterung.

Brauchen wir eine Fachstelle für das Alter?

Von Hans Peter Häring, Wettswil

Mit einer Parlamentarischen Initiative sollte eine kantonale Koordinationsstelle für Altersfragen geschaffen werden. Diese Initiative wurde im Rat deutlich abgelehnt. Die Regierung hat im November 2005 einen Bericht zur Alterspolitik veröffentlicht. Auf die Ausarbeitung einer spezifischen Politik wurde wegen der heterogenen Gruppe aber ausdrücklich verzichtet. Interessantes Detail aus dem erwähnten Bericht: Die überwiegende Mehrheit der älteren Menschen lebt in Privathaushalten, bei den 65- bis 79-Jährigen sind es 97 Prozent, bei den 80-Jährigen und Älteren sind es immer noch 75 Prozent. Diese Entwicklung der Selbständigkeit soll weiter gefördert werden.

Eva Herman

Zeichen der Zeit



Mit Klatschen, Buhrufen und Trillerpfeifen stören die Linken den EDU-Anlass mit Eva Herman in Zürich



Die linken Krawallmacher präsentieren ihr Transparent gegen Eva Herman



Die Linken verlassen den EDU-Anlass in Zürich



Eva Herman: Sichtlich erleichtert und erschöpft nach dem Anlass in Zürich

Eva Hermans Bücher «Das Eva Prinzip», «Das Prinzip Arche Noah» u. a. sowie ihre Homepage www.evaherman.de und www.familyfair.de sind sehr zu empfehlen.

Eva Herman konnte ihre Vorträge über Mutterschaft, Familie und Beruf in Winterthur und Zürich nur nach massiven Störungen halten. Mit Trillerpfeifen, Klatschen und Buhrufen wurde die frühere «Tagesschau»-Sprecherin niedergeschrien.

Von Werner Stutz, EDU Winterthur

Eva Herman, die ehemalige Sprecherin der deutschen «Tagesschau», referierte in Winterthur zum Thema «Die Rolle der modernen Frau zwischen Beruf und Karriere», das heisst, sie wollte sprechen. Als Ueli Brugger, der Präsident der EDU Winterthur und Umgebung, sie nach Begrüssung und Gebet zum Interview bat, ging im Zuhörerraum ein Gekreische und Gebrüll los, die unflätigsten Wörter wurden gegen die Referentin geschleudert. Es waren etwa zwanzig junge Frauen und Männer, die Frau Herman am Reden hinderten, während die siebzig Personen, die gekommen waren, um ihren Vortrag zu hören, konsterniert verfolgten, was nun abging. Die Unruhestifter wurden mehrmals höflich und bestimmt aufgefordert, sich korrekt zu verhalten oder den Raum zu verlassen. Als das keine Wirkung zeigte, griffen die schon im Vorfeld angeforderten Securitas und die inzwischen eingetroffene Polizei ein. Einzelnen mussten die sich heftig wehrenden Störer aus dem Saal getragen und vor die Türe gesetzt werden.

«Ich empfinde keinen Hass»

Mit fast einstündiger Verspätung konnte Frau

Herman ihren gekürzten Vortrag doch noch beginnen. «Ich empfinde keinen Hass gegen diese fehlgeleiteten jungen Menschen, sondern Mitleid. Die meisten haben wahrscheinlich von ihrer frühen Kindheit an die Liebe und Zuwendung nicht erhalten, die jeder Mensch für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung dringend braucht. Womit wir schon mitten in meinem Thema sind.» In klaren Worten, mit vielen Fakten unterlegt und biblisch begründet, strich sie die Bedeutung der gesunden Familie für den heranwachsenden Menschen wie auch für die ganze Gesellschaft heraus. Es sei ein Missbrauch von Wirtschaft und Politik, die Frau nicht mehr Mutter sein zu lassen; Krippenplätze ersetzen die Familie nur sehr ungenügend. Folgen seien die zunehmende Verwahrlosung, Respektlosigkeit und Auflehnung, wie eben erlebt, sowie der fehlende Kindernachwuchs. Auch die Gefahr, die durch die Gleichmacherei der Geschlechter ausgehe, Gender-Mainstreaming, legte sie überzeugend dar. Christen erkennen diese Entwicklungen als Zeichen der fortgeschrittenen Endzeit und handeln mutig gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen. ■

Gender-Mainstreaming: Gleichmacherei und Auflösung der Identität

Von Daniel Suter, Geschäftsführer

Eva Herman zeigte auf, wie die Gender-Ideologie die Familie abschaffe und damit die Grundlage für jede Weiterentwicklung der Gesellschaft zerstöre. Seit über zehn Jahren finde diese verdeckte Auflösung der sozialen Rollen in der Bildungs- und Familienpolitik statt. Die Vorstellung des geschlechtsvariablen Menschen fliesst laut Herman über das Thema Gleichstellung und Chancengleichheit hinter dem Rücken der Öffentlichkeit in die Gesetzgebung ein. Zielscheibe dieser Zersetzung sind Ehe, Familie, Vaterschaft, Mutterschaft, Erziehung, Bildung, Sprache sowie die Arbeitswelt. Statt Pluralität der Geschlechter und sozialen Rollen soll auf politischem Weg die Uniformität der menschlichen Identität erzwungen werden.

Kulturelle Katastrophe steht bevor

Ein Ziel der Gender-Ideologie ist die 50:50 Gleichheit von Frauen und Männern in allen Berufs- und Lebensbereichen. Frauen sollen 50 Prozent aller Arbeitsplätze bis hin zu den höchsten Ämtern einnehmen, während die Männer 50 Prozent der Säuglings- und Kinderpflege übernehmen sollen.

Nach Eva Herman sind die sozialen Rollen und Institutionen eng mit der geschlechtlichen Identität verbunden. Eine Auflösung würde nicht zu einer flexiblen Rollenverteilung nach Bedarf führen. Im Gegenteil würden die spezifischen Vorteile und Qualitäten der Geschlechter auf tiefem Niveau eingeebnet. Das käme einer verheerenden kulturellen Katastrophe gleich. ■

Agenda

Gemeinderatswahlen Wädenswil am 31. Januar



EDU+UDF
Liste 8
Wädenswil

**Zukunft gestalten –
christliche Werte erhalten**

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

www.edu-zh.ch

Anzeige

**Gute Aussichten
für 2010!**

*Wegweisend
für Körper, Seele
und Geist!*



BTS-Kursprogramm 2010
www.bts-seelsorge.ch

Parteitag 2010 der EDU Kanton Zürich

Freitag, 12. März 2010, 19.30 Uhr
Glockenhof, Zürich

Alle Parteimitglieder und Freunde
sind herzlich eingeladen!

Was/Wann:

19.30 Uhr Apéro
Anschliessend Parteiversammlung
gemäss Traktandenliste
Im Anschluss Kleiner Imbiss

Wo:

Cevi-Zentrum Glockenhof (Saal London)
Sihlstr. 33 (neben Hotel Glockenhof)
8021 Zürich

Auskunft:

Daniel Suter, Tel. 052 222 42 61

Anzeige

2010 – Solidaritätsreisen nach Israel

Interessante Rundreisen mit vielseitigem Programm

26. April–10. Mai und 11.–25. Oktober 2010

Badewochen im sonnigen Israel

10.–17. Mai und 20.–31. Oktober 2010

21. Pro-Israel-Freizeit mit Henri Vaucher, Jerusalem

28. Februar.–7. März im Hotel Paladina, Pura/TI

Auskünfte und Prospekt durch PRO ISRAEL

Abteilung Biblische Reisen, Postfach, CH-3607 Thun

Tel. 033 335 41 84, Fax 033 335 41 85

buewerthmueller@bluewin.ch

Betet für das Wohl von Volk und Land!

Steinmaur

Jeweils am 2. und 4. Montag
des Monats um 20.00 Uhr:
14. Dezember 2009
11. und 25. Jan., 8. und 22. Feb. 2010
Ref. Kirchengemeindehaus (1. Stock)
Schulwiesstrasse 7, 8162 Steinmaur

Auskunft:

Marianne Wäfler, Tel. 044 856 01 93
Ruth Sevin, Tel. 044 858 49 37

Richterswil

Jeweils am 2. Freitag des Monats
um 20.00 Uhr:
8. Januar, 12. Februar, 9. April 2010
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil

Auskunft:

Sonja Denzler, Tel. 044 784 30 23

Männedorf

Jeweils am Freitag, 9.45–10.45 Uhr
in den geraden Kalenderwochen:
11. Dezember 2009
15. und 29. Januar 2010
12. und 26. Februar 2010
12. und 26. März 2010
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf

Auskunft:

Margrit Vetter, Tel. 044 920 45 43

Gossau

Jeden Mittwoch, 19.30 Uhr
(nach Absprache auch andere
Abende möglich, ausser Montag)
Im Zentrum 12, 8625 Gossau

Auskunft:

Sven und Erika Schelling
Tel. 043 928 01 57

Impressum

EDU-Kontakt, Nr. 113, Weihnachten 2009

Der «EDU-Kontakt» ist das christlich-politische
Bulletin der Eidgenössisch-Demokratischen
Union (EDU) Kanton Zürich.
18. Jahrgang, Auflage: 7'350 Ex.

Herausgeber

EDU Kanton Zürich
Bürglistr. 31, Postfach 248
8408 Winterthur
Tel./Fax: 052 222 42 61, Natel: 079 216 03 16
www.edu-zh.ch, info@edu-zh.ch